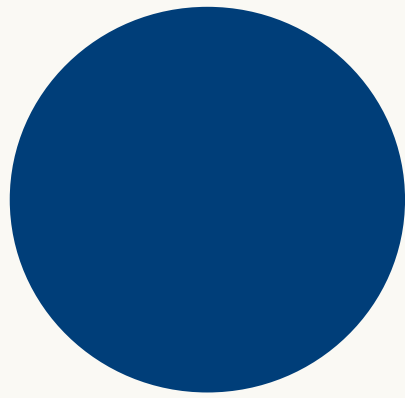


Spot



Komm_Hu^hnales aus der Region Hannover

Ausgabe 1 Mai 2015

Klinikum: Region muss keine Krankenhäuser schließen!

Südlink: Region will überflüssige Stromautobahn nicht stoppen

Jobcenter erhöhen Druck: Arbeitslose sollen mehr 1-Euro-Jobs machen

UPS: Beschäftigte wehren sich gegen Wildwestmethoden



LINKE &
 **PIRATEN**

VORGESTELLT: Gruppe LINKE & PIRATEN



Michael Fleischmann (DIE LINKE) ist Journalist und Sozialwissenschaftler. Seit Oktober 2013 ist er Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN.



Birgit Hundrieser (parteilos) ist Krankenschwester und Physiotherapeutin. Seit Dezember 2014 ist sie Mitglied der Gruppe LINKE & PIRATEN.



Jürgen Hey (Piraten) der Industriekaufmann und Tischlermeister ist seit Oktober 2013 stellvertretender Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN.

INHALTSVERZEICHNIS:

Klinikum: Region muss keine Krankenhäuser schließen!	Seite 3
SüdLink: Region will überflüssige Stromautobahn nicht stoppen	Seite 4
BBS: Lange Wege für Berufsschüler	Seite 6
Proteste erfolgreich ! Region will neue Müllgebühren einführen	Seite 7
Aktuelles aus dem Umland	Seite 8-10
Jobcenter erhöhen Druck	Seite 11
Windenergieerlass des Landes bedroht Kommunen	Seite 11
UPS: Beschäftigte wehren sich gegen Wildwestmethoden	Seite 12

Viel Geld für überflüssige Dezernentenstelle

Gegen die Stimmen von LINKEN & PIRATEN hat die Regionsversammlung beschlossen, die freigewordene Dezernentenstelle von Barbara Thiel (CDU) mit der CDU-Frau Cora-Jeanette Hermenau zu besetzen. Damit hat die Region nun auf Dauer fünf Dezernate, anstatt wie früher vier. Zusätzliche Kosten pro Jahr: rund 400.000 Euro. Hermenau ist für die Bereiche öffentliche Gesundheit, Sicherheit, IT-Koordination und EU-Angelegenheiten zuständig, die als nicht besonders wichtig angesehen wer-

den. Früher erledigte diese Aufgaben die ehemalige Finanzdezernentin Barbara Thiel mit, bis ein Finanzdezernat für Andrea Fischer (Grüne) geschaffen wurde. LINKE & PIRATEN forderten, Cora-Jeanette Hermenaus Aufgaben zusätzlich an Andrea Fischer zu geben. „Was Barbara Thiel früher allein geschafft hat, sollte auch Andrea Fischer als Dezernentin leisten können“, sagte Gruppenmitglied Birgit Hundrieser (parteilos) in der Regionsversammlung.

Region muss keine Krankenhäuser schließen!



Die Gruppe LINKE & PIRATEN kritisiert die überhastete Entscheidung des Aufsichtsrats des Klinikums der Region und der Mehrheit von SPD und Grünen in der Regionsversammlung, die drei Krankenhäuser in Springe, Lehrte und Großburgwedel dichtzumachen, als unverantwortlich. Der Beschluss erging Ende vergangenen Jahres, ohne vorher die betroffenen Städte und die Beschäftigten nennenswert einzubinden. „So eine wichtige Entscheidung darf man nicht in wenigen Wochen übers Knie brechen“, kritisiert Michael Fleischmann, Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN. Dabei hätte die Region als Eigentümerin des Klinikums, zu dem bisher zwölf Krankenhäuser in Hannover und im Umland gehören, genug Geld, um die Schließungen abzuwenden.

Geld für Rettung ist genug da

Vor zwei Jahren erzielte die Region einen Überschuss von 55,4 Millionen Euro in ihrer Kasse. Man spricht dabei auch vom Haushaltsüberschuss, der mit einem Unternehmensgewinn vergleichbar ist. LINKE & PIRATEN fordern, dieses Geld zu zwei Dritteln ins Klinikum zu geben, der Rest soll in den Schuldenabbau der Region fließen. Der Haushaltsüberschuss fürs vergangene Jahr wird nach Angaben der Finanzverwaltung noch einmal bei mehr als 50 Millionen Euro liegen. Dieses Geld wollen wir komplett ins Klinikum geben. Zusammen mit der von der Region schon gemachten Eigenkapitalerhöhung von 15 Millionen Euro im vergangenen Jahr und weiteren geplanten 15 Millionen Euro im laufenden

Jahr würde das Klinikum der Region so kurzfristig mehr als 100 Millionen Euro erhalten. Damit wäre für die nächsten Jahre die „Kuh vom Eis“. Und es wäre wertvolle Zeit gewonnen, um zusammen mit den Beschäftigten und den Städten und Gemeinden ein tragfähiges Zukunftskonzept ohne Schließungen und Privatisierungen zu entwickeln.

Krankenhaus-Neubau ist unausgelegene Beruhigungspille

Mit dem Beschluss von SPD und Grünen geht jetzt nicht nur die wohnortnahe medizinische Versorgung im südlichen und nördlichen Regionsgebiet flöten. LINKE & PIRATEN kritisieren auch den geplanten Krankenhaus-Neubau irgendwo im östlichen Regionsgebiet als komplett unausgelegene. Im Gespräch ist Lehrte. Bisher geht die Klinikumsge­schäfts­führung für den Neubau von Investitionskosten von 200 Millionen Euro aus. Selbst wenn das Land maximal 50 Prozent dieser Kosten übernimmt, muss das Klinikum noch 100 Millionen Euro plus Zinsen und Tilgung aufbringen.

Wenn das Klinikum dieses Geld günstig bekommt - bei drei oder vier Prozent Zinsen und einer jährlichen Schuldentilgung von zwei oder drei Prozent - ergibt sich eine finanzielle Belastung von sieben Prozent pro Jahr. Bei 100 Millionen Euro Investitionskosten, die beim Klinikum verbleiben, müssen dann sieben Millionen Euro pro Jahr eingespart werden, um den Neubau zu bezahlen. Das wird nach Angaben von Insidern nur durch viel Personalabbau hinzubekommen sein und damit noch mehr Arbeitsverdichtung für die verbleibenden Beschäftigten. Denn die Kosten im Krankenhausbetrieb bestehen zu 70 Prozent aus Personalkosten. Außerdem werden die geplanten Kosten bei solchen Projekten erfahrungsgemäß immer deutlich überschritten.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung...

Ein Beispiel ist die Kostenexplosion beim Neubau des Siloah-Krankenhauses in Hannover. Hinzu kommen Einnahmeausfälle. Viele Patienten aus der Wedemark, die bisher ins Krankenhaus nach Großburgwedel gegangen sind, werden nach Hannover in den Friederikenstift, ins Clementinenhaus oder in die Paracelsus-Klinik nach Langenhagen fahren und nicht in den Neubau nach Lehrte. „Auch mit Blick auf die Einnahmen ist deshalb ein sehr großes Fragezeichen hinter die Refinanzierung des Neubaus zu stellen“, sagt Michael Fleischmann. „Zu glauben, man könne die Geldprobleme des Klinikums mit einem Neubau in den Griff bekommen, ist grober Unfug.“

Regionales Krankenhauskonzept muss her

Nach Ansicht von LINKEN & PIRATEN wurde bisher auch versäumt, ein regionales Krankenhauskonzept auf den Tisch zu legen, das die Krankenhäuser der Diakonischen Dienste, des Deutschen Roten Kreuzes und die Medizinische Hochschule in Hannover einbezieht. So ein Konzept ermöglicht Kooperationen mit den anderen Kliniken. Dann ist etwa der Ausbau eines regionseigenen Krankenhauses in Hannover nicht mehr erforderlich, weil ein Krankenhaus der Diakonie die fragliche Leistung erbringen kann. So könnte das Klinikum der Region viel Geld sparen.

Region will überflüssige Stromautobahn nicht stoppen



Für die Südlink-Gleichstromautobahn müssen drei von diesen großen Mastreihen nebeneinander aufgestellt werden, die zudem noch deutlich höher sind als diese Wechselstrommasten.

Die monströse Starkstromautobahn Südlink sei für die Energiewende notwendig, meinen die anderen Parteien in der Regionsversammlung. Sie lehnten deshalb einen Antrag von LINKEN & PIRATEN gegen die geplante Stromautobahn ab. Gemeint sind drei große parallel verlaufende Mastreihen, die teuren Hochseewindstrom auch durch die Region Hannover nach Süddeutschland transportieren sollen.

LINKE & PIRATEN wollten erreichen, dass Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) analog zu einer Erklärung von neun Bürgermeistern aus dem Raum Kassel mit Bürgermeistern aus der Region Hannover eine Erklärung auf den Weg bringt. Diese sollte den Sinn der Stromautobahn infrage stellen und Bundes- und Landesregierung auffordern, alternative Lösungen für die Energiewende ernsthaft zu prüfen und die dafür notwendigen Gesetze zu schaffen.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung...

Infrage kommen würde der Aufbau einer dezentralen Energieversorgung mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Süddeutschland. Deutliche Fortschritte in der Stromspeichertechnologie machen dieses Szenario möglich. Dann sind die Stromautobahnen wie Südlink nicht mehr erforderlich, weil der Strom dort produziert werden würde, wo er gebraucht wird – und das ist in Süddeutschland der Fall. Ein ähnlich lautender Antrag des linken Ratscherrn Axel Seng bekam dagegen im Springer Rat eine knappe Mehrheit.



Foto: Christine Gross

Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof

Eine dezentrale Energiewende mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Süddeutschland wurde weder von der Bundesregierung noch von der Bundesnetzagentur auch nur in Erwägung gezogen – geschweige denn ernsthaft geprüft. Gegen die einseitige Vorfestlegung auf eine zentralistische Energiewende mit Stromautobahnen und vielen Hochseewindrädern hat der Bund Naturschutz aus Bayern Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof eingelegt.

Strompreise werden drastisch steigen

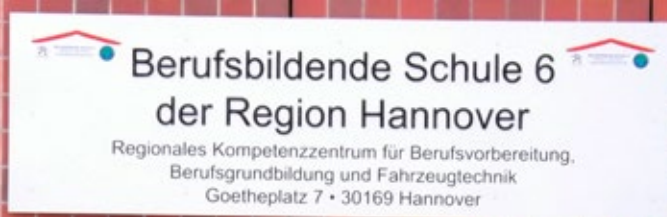
Michael Fleischmann, Gruppenvorsitzender LINKE & PIRATEN, warnte im Umweltausschuss der Region nicht nur vor massiven Beeinträchtigungen von Landschaft und Umwelt, wenn Südlink gebaut wird, sondern auch vor den hohen Kosten. Die Einspeisevergütung beträgt für Windräder an Land für fünf Jahre 8,9 Cent pro Kilowattstunde. Hochseewindstrom bekommt dagegen einen Vergütungssatz von 15,4 Cent pro Kilowattstunde über mindestens zwölf Jahre oder 19,4 Cent für mindestens acht Jahre. Hinzu kommen die Stromautobahnen, die laut Bundesnetzagentur mindestens 22 Milliarden Euro kosten werden.

„Das alles muss der private Endverbraucher bezahlen“, kritisierte Fleischmann. „Südlink ist ein typischer Fall von Industrielobbyismus. Die zentralistische Energiewende ist ganz im Sinne der großen Stromkonzerne, die so ihre Marktmacht und ihr Preisdiktat ins erneuerbare Energiezeitalter retten.“ Hinzu kommen entlang der monströsen Stromtrasse negative Auswirkungen auf Erholungs- und Tourismus-Regionen sowie gesundheitliche Risiken für Anwohner und Passanten.

Erdverkabelung mit Haken

Eine wünschenswerte, aber noch teurere Erdverkabelung wird die Strompreise weiter befeuern. Nach Angaben des potenziellen Südlink-Betreibers Tennet und der Firma ABB scheidet die Verlegung der Kabel unter der Erde zudem in Wald- und Sumpf-Gebieten aus. Auch sind Versorgungsstörungen nicht so leicht zu beheben wie bei den großen Freilandleitungen.

Lange Wege für Berufsschüler_innen



Auch den heutigen Berufsschüler/innen an der BBS 6 mutet die Region in Zukunft bis zu drei Stunden Schulwegzeit zu.

Durch Beschluss der Regionsversammlung müssen Berufsschülerinnen und Berufsschüler in Zukunft pro Tag bis zu drei Stunden für Schulwege in Kauf nehmen - verbunden mit deutlich höheren Fahrtkosten.

Nur die Gruppe LINKE & PIRATEN stimmte dagegen. Bisher galt eine Schulwegzeit für Hin- und Rückweg von maximal zwei Stunden als zumutbar. Die Regionsversammlung folgte mit ihrem Beschluss dem neuen Berufsschulkonzept, das die Schließung der Berufsschule (BBS) 6 am Goetheplatz in Hannover vorsieht.

Die Folge sind weite Wege für die Schüler/innen. Die Schüler der BBS 6 müssen in Zukunft nach Burgdorf fahren, wo die Kfz-Fahrzeugtechnik konzentriert wird. Auch die Auszubildenden der Gesundheitsberufe und die IT-Systemelektroniker aus Burgdorf sind betroffen, weil diese Ausbildungsbereiche an der BBS Burgdorf aufgegeben werden.

Die Burgdorfer Azubis müssen in Zukunft zur Zweigstelle der Alice-Salomon-Schule nach Herrenhausen oder zur Multimedia BBS zum Kronsberg fahren. Gegen die Schließung der erfolgreichen BBS 6 hatte es Proteste von Lehrern, Schülern und Elternvertretern gegeben, die alle Schließungsargumente der Regionsverwaltung widerlegten.

Im Raum steht nach wie vor die Verlagerung der Steuerfach-Azubis von der Hannah-Arendt-Schule in Hannover zur BBS nach Springe. Sollte es dazu kommen, müssen sich auch diese Auszubildenden auf deutlich längere Schulwege einstellen.

LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung lehnen das neue Berufsschulkonzept als bürgerfern, unausgegoren und mit der „heißen Nadel gestrickt“ ab. Die Regionsverwaltung erarbeitete das Konzept in kurzer Zeit, ohne Schüler, Eltern und betriebliche Vertreter einzubeziehen. SPD und Grüne nickten das Konzept ab.

Proteste erfolgreich ! Region will neue Müllgebühren einführen



Die vielen Proteste von Gebührenzahler/innen gegen die Abfallgebührensatzung mit Gebührenerhöhungen von bis zu 150 Prozent und diverse Gerichtsurteile haben genutzt: SPD und Grüne sowie Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) wollen neue Müllgebühren einführen. Dazu soll es im Vorfeld eine Expertenanhörung geben, für welche die Parteien Fachleute benennen dürfen. Die Gruppe LINKE & PIRATEN wird diese Möglichkeit nutzen, um einen Befürworter der Chiptonne aufs Podium zu setzen.

Viele Landkreise und Städte setzen auf Chiptonne – Kunden sind zufrieden

Bei der Chiptonne zahlt grundsätzlich jeder nur für den tatsächlich erzeugten Restmüll. Ein an der Tonne montierter Funkchip übermittelt die Leerung an den Abfallentsorger.

LINKE & PIRATEN streiten seit langem für die Chiptonne, weil sie einen Anreiz liefert, Müll zu vermeiden. Jene, die viel Müll produzieren, zahlen mehr. Abfallvermeider, die viele Wertstoffe vom Restmüll trennen, zahlen dagegen deutlich weniger. Regionspräsident und der Abfallentsorger aha versuchen bisher, die Chiptonne mit falschen Argumenten madig zu machen. Das gipfelt in der Behauptung, die Chiptonne sei nicht in größeren Städten einsetzbar, obwohl gerade das passiert. Neben vielen Landkreisen setzen Bremen, Celle, Dresden

und Gießen die Chiptonne mit viel Erfolg und zur Zufriedenheit der Gebührenzahler/innen ein. Einen Anreiz, Müll zu vermeiden, fordert auch die Bundesregierung. Der Bürger müsse durch sein Verhalten die Gebührenhöhe beeinflussen können, heißt es im Abfallvermeidungsprogramm des Bundesumweltministeriums. Das derzeitige Abfallgebührensensystem in der Region Hannover hat dagegen nicht nur die mit höchsten Müllgebühren in ganz Deutschland, sondern belohnt auch diejenigen, die viel Müll produzieren. Das kommt, weil die Region gegen

die Stimmen von LINKEN & PIRATEN eine Zwangsabnahmemenge beim Restmüll von zehn Litern pro Person und Woche eingeführt hat. Viele müssen deshalb für nicht erzeugten Müll zahlen. Mehr als 8.000 Gebührenzahler/innen aus Hannover und dem Umland klagten gegen die Müllgebührensatzung beim Verwaltungsgericht Hannover. Drei Normenkontrollklagen vor dem Oberverwaltungsgericht brachten die Satzung schließlich zu Fall.

Bauernopfer Ex-aha-Chefin Cornelia Hülter

SPD und Grüne regierten bisher mit einem Bauernopfer und schickten aha-Chefin Cornelia Hülter in die Wüste. „So will man wohl vom eigenen Versagen und vom Versagen des Umweltdezernenten Axel Priebes ablenken“, kommentierte Michael Fleischmann, Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN, im Abfallausschuss der Region. „Cornelia Hülter ist bei weitem nicht allein für die Misere verantwortlich.“ Fleischmann kritisierte vor zwei Jahren als erster in der Regionsversammlung die hohen Müllgebühren und den fehlenden Anreiz, Müll zu vermeiden.

Burgdorf: Stadtwerke zocken Kunden ab

Vor dem Hintergrund deutlich fallender Einkaufspreise für Strom hat DIE LINKE im Burgdorfer Rat von den dortigen Stadtwerken gefordert, die fallenden Bezugspreise an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben. Die Stadtwerke Burgdorf haben wie fast alle anderen Energieversorger in den vergangenen Jahren immer wieder, zum Teil drastisch die Strompreise erhöht. Alles sei teurer geworden, hieß es immer wieder zur Begründung.

Bezugskosten für Stromversorger auf Talfahrt

Seit längerer Zeit sinken nun aber die Bezugskosten für die Stromversorger. So lag der Preis, zu dem sie sich den Strom an der Strombörse beschaffen können, gegen Jahresende bei rund 32 Euro pro Megawattstunde (MWh). Im Jahr 2012 waren es noch 50 Euro pro MWh. Auch die Belastung durch staatliche Abgaben er-

höhte sich für die Stromanbieter kaum oder gar nicht. Mitte Oktober vergangenen Jahres gaben die Netzbetreiber gar bekannt, dass die EEG-Umlage, mit der die Ökostromreform bezahlt werden soll, erstmals seit ihrer Einführung vor 15 Jahren sinkt.

Verbraucherzentrale fordert deutlich niedrigere Strompreise

All diese Fakten führen auch im laufenden Jahr zu niedrigeren Kosten für die Energieversorger. Nach Auffassung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen ist deshalb eine Senkung der

Kilowattstundenpreise um rund zwei Cent erforderlich. Doch die Stadtwerke Burgdorf weigern sich, das zu tun. Sie befinden sich damit in „guter“ Gesellschaft. Von rund 850 Stromversorgern bundesweit hat gerade mal ein Viertel die Preise geringfügig gesenkt. Den linken Ratsantrag, nach dem der Burgdorfer Rat die Stadtwerke auffordern möge, zeitnah die deutlich gefallen Bezugspreise an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben, lehnten alle anderen Parteien ab.



Der Burgdorfer LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann fordert, die Energiepreise zu senken.

Wunstorf-Steinhude: Politiker machen Schulen dicht



Für einen Paukenschlag haben die Kommunalpolitiker in Wunstorf gesorgt, Proteste von Stadtelternerat, Schülerrat und Lehrern nutzten nichts: Der Rat der Stadt beschloss gegen die Stimme des linken Ratsherrn Rüdiger Hergt, das Gymnasium und die angrenzende Realschule in Steinhude zu schließen. Offizielle Begründung: zurückgehende Schülerzahlen. Das Gymnasium soll zunächst eine Außenstelle des Hölty Gymnasiums in Wunstorf werden, bevor die Schule in acht Jahren endgültig dicht gemacht wird.

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung...

Der Beschluss kam in nur zwei Monaten zustande, ohne die Betroffenen einzubeziehen. „So eine wichtige Entscheidung darf man nicht an Schülern, Eltern und Lehrern vorbei in viel zu kurzer Zeit übers Knie brechen“, kritisierte Rüdiger Hergt im Rat. Die Prognose über die zurückgehenden Schülerzahlen sei auf Sand gebaut. Hergt nannte die sich zuspitzende Wohnungssituation mit explodierenden Mieten in Hannover und die Zuwanderung von Flüchtlingen. Beides werde nicht ohne Auswirkungen auf die Wohnungsnachfrage und damit die Einwohnerzahlen in den Umlandkommunen bleiben. Wenn die Schulen geschlossen sind, müssen die Schüler/innen nicht nur aus Steinhude, sondern auch aus den Ortschaften Bekeloh, Großenheidorn, Idensen, Mesmerode und Kleinheidorn deutlich längere

Fahrzeiten nach Wunstorf auf sich nehmen. Das Gymnasium in Steinhude wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, etwa für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit. Der Dalai Lama besuchte die Schule vor zwei Jahren wegen ihres pädagogischen Engagements.

Eltern sammeln Unterschriften für Bürgerbegehren

Die Eltern geben sich derweil noch nicht geschlagen und sammeln Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Ihr Ziel: Ein Bürgerentscheid soll den Ratsbeschluss zur Schließung der beiden Schulen aufheben.

Warnhinweise bei durchfahrenden Zügen wieder einführen!



Fernverkehrszüge fahren oft mit hohen Geschwindigkeiten durch die Bahnhöfe. „Nicht nur der Schreck kann einem in die Knochen fahren, wenn plötzlich Züge vorbeirauschen“, sagt Hey. „Güter- und Fernverkehrszüge verursachen einen beängstigenden Sog, wenn sie durch den Bahnhof fahren.“ Besonders problematisch ist die Situation an Bahnhöfen wie in Burgdorf, wo das Gleis durch eine Kurve führt. Vom Bahnsteig aus sind die Züge aus Richtung Celle erst zu sehen, wenn sie nur noch circa 500 Meter entfernt sind.

Die Gruppe LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung kritisiert die Praxis der Bahn, auf den Bahnhöfen im hannoverschen Umland wartende Fahrgäste nicht mehr vor durchfahrenden Zügen zu warnen. Damit will die Bahn angeblich Ruhebedürfnissen von Anwohnerinnen und Anwohnern Rechnung tragen. „Diese Begründung ergibt keinen Sinn, weil eine kurze Zugdurchsage viel leiser ist als ein durchfahrender Zug“, betont Jürgen Hey, stellvertretender Gruppenvorsitzender. Güterzüge und

„Es besteht die Gefahr für Reisende, insbesondere für Kinder, Senioren und Menschen mit eingeschränkter Mobilität, von diesem Sog mitgerissen zu werden“, mahnt Hey. „Von einer eingehenden Prüfung und Risikobewertung, wie die Bahnsprecherin behauptet, kann keine Rede sein.“

Laatzen: Bürgermeister hilft nicht bei Energiesperren

Laatzens Bürgermeister Jürgen Köhne (CDU) verspürt wenig Neigung, Absprachen einzuhalten, wenn es um Initiativen der LINKEN geht. So geschehen bei Strom-, Gas- und Fernwärme-Sperren. Um diese wenigstens bei Familien abzuwenden, wollte die Stadt nach Angaben des Bürgermeisters den Betroffenen mit Geld unter die Arme greifen. Das passiert aber nicht. Stattdessen hilft die Stadt nur in wenigen Fällen, wenn LINKEN-Ratsherr Ralf Wetzels vorher lange Druck gemacht hat – etwa bei einer schwangeren Frau mit zwei Kindern. Erst nach acht Monaten wurde die Fernwärmesperre aufgehoben. Das Geld dafür kam nicht von der Stadt, sondern von der Weihnachtshilfe der Neuen



Presse. „So geht das natürlich nicht“, kritisiert Wetzels und verweist auf die drastisch steigende Zahl von Energiesperren in Laatzen. Vor zwei Jahren wurde 217 Privathaushalten der Strom abgestellt, ein Jahr zuvor waren es noch 89 Kundinnen und Kunden. Wetzels erinnert an die entwürdigenden Konsequenzen für die Betroffenen, bis hin zu Todesfällen durch den Betrieb von Notstromaggregaten. Er macht weiter Druck, damit sich das ändert. Er will von der Stadt auch wissen, wie viele Sperrandrohungen es gibt, die um ein x-faches höher sind als die schließlich vollzogenen Energiesperren. Die Betroffenen müssen sich dann die Energie vom Mund absparen.

Isernhagen:

Streit um Fußgängerzone in Altwarmbüchen

Die Isernhagener Gemeindeverwaltung will den Marktplatz an der Bothfelder Straße baulich aufwerten. Auch ein größerer Einkaufsmarkt soll dort angesiedelt werden. Strittig ist, ob deshalb der Autoverkehr aus der Bothfelder Straße weichen soll. Viele Bürger/innen wünschen sich eine Fußgängerzone im Bereich des Marktplatzes. Während sich auch DIE LINKE und die Grünen im Rat dafür einsetzen - nur die Busse sollen nach wie vor durch die Straße fahren - will Isernhagens Bürgermeister Arpad Bogya (CDU) die Autos weiter in Altwarmbüchens

Zentrum haben. Er beruft sich auf die örtlichen Geschäftsleute, die sich vehement dafür stark machen, weil sonst die Umsätze zurückgehen würden. „Das ist ein falsches Argument, weil vielfach widerlegt“, kontert LINKEN-Ratsherr Heiko Weichert. „Außerdem sind an beiden Enden der Bothfelder Straße genügend Parkplätze vorhanden.“ Er fordert auch, die Bothfelder Straße im Bereich des Marktplatzes baulich zu verengen. Sonst sei die Gefahr groß, dass die Fußgängerzone nach einiger Zeit wieder aufgehoben werde, gibt Weichert zu bedenken.

Kita-Gebühren steigen um mehr als 14 Prozent

Gegen die Stimme der LINKEN hat der Rat mit knapper Mehrheit beschlossen, die Gebühren für die Kindertagesstätten um insgesamt mehr als 14 Prozent anzuheben. Die Eltern sollen so die Gemeindekasse auffüllen. Da es keine abgestuften Beitragshöhen nach Einkommen gibt, wie von der LINKEN gefordert, sind vor allem Eltern mit schmalen Geldbeutel betroffen. Heiko Weichert lässt sich vom

Ratsbeschluss nicht beeindrucken und streitet weiter für eine Senkung der Kitagebühren. Sein Fernziel ist die Abschaffung der Gebühren wie in Salzgitter und Braunschweig geschehen. „Wenn ärmere Kommunen in Niedersachsen die gebührenfreie Kita einführen konnten, muss das auch für die wohlhabende Gemeinde Isernhagen möglich sein“, ist Weichert überzeugt.

Jobcenter erhöhen Druck: Mehr Arbeitslose sollen 1-Euro-Jobs machen



Auch in Hannover demonstrierten viele Menschen gegen den Hartz-IV-Armuts Keller und die damit verbundenen Schikane wie 1-Euro-Jobs.

Die Jobcenter in der Region Hannover ziehen bei Hartz-IV-Beziehern die Zügel weiter an. Mehr Arbeitslose sollen in 1-Euro-Jobs vermittelt werden, um sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen, wie es heißt. „Diese Begründung verhöhnt die Betroffenen, weil seit vielen Jahren widerlegt“, kritisierte

Michael Fleischmann, Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN, im Sozialausschuss der Region. „1-Euro-Jobber schaffen so gut wie nie den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt. Ganz offensichtlich geht es nur darum, die ohnehin schon kaum mehr aussagefähige offizielle Arbeitslosenstatistik weiter zu schönen.“ Anstatt weiteren entwürdigenden Druck gegen Arbeitslose aufzubauen, fordern LINKE & PIRATEN von der Region, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einzurichten. Gemeint sind sozialversicherungspflichtige und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze so wie jetzt in Thüringen geplant: Auf freiwilliger Basis und zu regulären tariflichen Bedingungen für alle Menschen, die definitiv nicht mehr auf dem Ersten Arbeitsmarkt unterkommen werden. Damit wäre den Arbeitslosen wirklich geholfen, betont der Regionsabgeordnete Jürgen Hey (Piraten).

Windenergieerlass des Landes bedroht Kommunen - Regionspräsident muss handeln!

Gegen den Ausbau der Windenergie im Zuge der Energiewende kann eigentlich kaum jemand etwas haben. Wäre da nicht der Windenergieerlass der rot-grünen Landesregierung. Dieser sieht vor, 1,89 Prozent der Gemeindefläche mit Windrädern zu bestücken. Da in den Städten des hannoverschen Umlandes schon 0,8 Prozent der Fläche mit Windrädern verspargelt sind, müssen die Kommunen noch auf knapp 1,2 Prozent ihrer Fläche Windflügel aufstellen. Die Abstände zur Wohnbebauung sollen für Siedlungen 800 Meter und für einzelne Häuser 400 Meter betragen - obwohl die neuen Windflügel mit 200 Metern deutlich höher sein werden als die bisherigen Windkraftanlagen, die ausgetauscht werden. Man spricht dabei auch von Repowering. Erste Bürger/innen laufen Sturm gegen die Pläne des Landes. LINKE & PIRATEN fordern von Regionspräsident Hauke Jagau, sich bei seinem Parteifreund und Ministerpräsidenten Stephan Weil (beide SPD) für eine Abmilderung des bisher nur vorläufigen Windenergieerlasses einzusetzen. LINKE & PIRATEN

fordern mindestens zwei Kilometer Abstand zur Wohnbebauung, weil die neuen 200 Meter hohen Windräder einen Schattenschlag von 1,8 Kilometern haben. Auch die Geräuschkulisse ist deutlich lauter als bei den bisherigen Windkraftanlagen. Außerdem muss es für einzelne Kommunen möglich sein, weniger Windräder aufzustellen, wenn andere Belastungen die dortige Lebensqualität über Gebühr beeinträchtigen. Zu nennen sind etwa die geplante überflüssige Starkstromtrasse „SuedLink“ oder die kommende Güterverkehrsstrecke „Y-Trasse“. Diese soll auch durch die Region Hannover führen und Güter mit der Bahn zu den Seehäfen transportieren.

Die Landesregierung verlangt von den Städten und Gemeinden, auf knapp zwei Prozent ihrer Gemeindefläche 200 Meter hohe Windräder aufzustellen.



UPS: Beschäftigte wehren sich gegen Wildwestmethoden



Neben vielen anderen Personen des öffentlichen Lebens setzt sich auch Enthüllungsjournalist Günter Wallraff (vorne im Bild) für die Beschäftigten bei UPS ein – hier bei einer Kundgebung auf dem Steintorplatz in der hannoverschen Innenstadt.

Foto: Angelika Wilke

Der Paketdienstleister United Parcel Service (UPS) muss sich zunehmend öffentlicher Kritik stellen. In Langenhagen arbeiten rund 70 Prozent der Beschäftigten in Teilzeit. Die meisten Arbeitskräfte haben nur Verträge über 17 Wochenstunden. Damit das Geld zum Leben reicht, leisten die Beschäftigten regelmäßig Mehrarbeit. Diese gewährt die Geschäftsführung aber nur jenen Mitarbeitern, die nicht krank werden und sich angepasst verhalten. Neueinstellungen erfolgen meist nur auf 17-Stunden-Basis. Das Unternehmen verweigert einerseits immer wieder schon beschäftigten Mitarbeitern, die mehr arbeiten wollen, ihre Arbeitszeit aufzustocken, nimmt andererseits aber Neueinstellungen vor. „Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz verhält sich UPS damit gesetzeswidrig“, sagt Fritz Wilke, Sprecher der ver.di-Vertrauensleute bei UPS.

Linke & Piraten fordern Solidarität mit Betriebsratsliste „Frischer Wind“

Die Gewerkschafter wollten mit der Liste „Frischer Wind“ zu den Betriebsratswahlen antreten, wurden aber mit unlauteren Mitteln ausgebremst. ver.di hat

die Betriebsratswahl angefochten. Die Geschäftsführung bekämpft Kritiker gezielt mit Abmahnungen, die bisher stets vom Arbeitsgericht kassiert wurden. Fritz Wilke bekam nach Abmahnungen sogar eine Kündigung. Vor allem eine breite Medienberichterstattung habe schließlich zu einem Rückzieher des Unternehmens geführt, berichtet der engagierte Gewerkschafter. Auch Politiker, Arbeitsorganisationen und Kirchen kritisieren das Geschäftsgebaren des Logistikkonzerns. Mit Solidaritätsbotschaften unterstützen sie die Beschäftigten. So auch die Gruppe LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung. In einem Antrag werden die Regionsabgeordneten aufgefordert, sich mit den Beschäftigten und der Betriebsratsliste „Frischer Wind“ solidarisch zu erklären.

Weitere Infos: www.frischerwind-eurestimme.de.

Impressum

Gruppe LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung

Hildesheimer Straße 17 | 30169 Hannover | Fon: +49(0)511 - 616 23 950

E-Mail: linkeundpiraten@region-hannover.de | Internet: www.linke-und-piraten-region-hannover.de

Layout: Marianne Wesche | V.i.S.d.P. und Redaktion: Michael Fleischmann

